

Jan Heitmann:

Demaskiert

Wieder gibt es Streit um den Welfenschatz. Dabei hatte die „Beratende Kommission“, die sich mit Streitfällen bei NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern befasst, vor einem Jahr empfohlen, die 42 millionenschweren Objekte aus dem Kunstgewerbemuseum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) nicht zu restituieren. Die Erben der einstigen, wohlgermerkt damals in den Niederlanden und damit außerhalb des Machtbereichs des NS-Regimes lebenden, Verkäufer hatten die Rückgabe verlangt, da der Verkauf an den preußischen Staat 1935 unter staatlichem Zwang erfolgt sei. Das Geschäft sei „dem rassistischen Verfolgungsdruck auf die Juden geschuldet“ und der Kaufpreis nicht angemessen gewesen. Dafür konnte die Kommission jedoch keinerlei Anhaltspunkte finden (siehe PAZ 5/2014 und 13/2014).

Beide Seiten haben sich verpflichtet, die Entscheidung der Kommission zu akzeptieren. Doch nun ziehen zwei der Erben vor das US-Bundesgericht in Washington, um ihren Anspruch durchzusetzen – mit der unverschämten Begründung, die Beratungen der Kommission seien ein „Scheinprozess“ gewesen und sie hätten 2014 „die gleiche Diskriminierung erfahren wie ihre Verwandten in der Nazi-Zeit“.

Nicht jede Eigentumsübertragung erfolgte unter staatlichem Druck, im Rahmen der „Arisierung“ oder ist dem Komplex der „Raubkunst“ zuzurechnen. Auch die des Welfenschatzes nicht. Die beiden Kläger haben sich mit ihrem unmöglichen Verhalten selbst demaskiert. Ihnen geht es offensichtlich einzig und allein darum, mit fadenscheinigen Argumenten an ein Millionenvermögen zu kommen. Es ist zu hoffen, dass das US-Gericht das erkennt und die Klage abweist.